Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 8

Artikel: Zum Problem Imre Nagy. Teil II
Autor: Platten, Fritz N.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337036

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FRITZ N. PLATTEN

Zum Problem Imre Nagy

II.

In seiner Studie «Moral und Ethik» hat Imre Nagy den scharfen Widerspruch zwischen den offiziellen, schönrednerischen Phrasen und der harten, bitteren Wirklichkeit festgestellt – ein Widerspruch zwischen Schein und Sein, der den dialektisch geschulten Marxisten Nagy zum Handeln zwingen mußte. Welches waren die Ursachen, die diese grassierende politische Schizophrenie erzeugten, und wie konnten sie beseitigt werden? Als Nagy am 4. Juli 1953 an Stelle von Rakosi zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, beschritt er den Weg einer mutigen, rücksichtslosen Entlarvung des von seinem Vorgänger erzeugten Lügengebäudes, und er scheute sich nicht, dem Land den Spiegel vorzuhalten und ein realistisches Bild der Lage zu geben. Seine große staatsmännische Rede vor dem ungarischen Parlament war das erste nach außen sichtbare Zeichen der mühsam beginnenden Entstalinisierung; sie war von tiefem Ernst und Verantwortungsbewußtsein getragen. Mit «leninistischer Kühnheit und Offenheit» – um in der kommunistischen Terminologie zu reden – legte er den Finger auf die Wunden des Landes und wies den Weg zu deren Heilung. *Es war die Geburtsstunde des ungarischen Nationalkommunismus – des «ungarischen Weges» zum Sozialismus.* Das Land horchte auf, erstaunt über die ungeschminkte Offenheit, mit der Nagy die katastrophal verfuhrwerkte Wirtschaftssituation schilderte, und ungläubig verwundert ob der Verheißungen, die ihm Imre Nagy freimütig versprach. In seiner Rede hat Nagy zu *allen* brennenden Problemen des Landes Stellung genommen und absolut eindeutig seine Haltung dazu wie folgt fixiert:

Für Souveränität von Parlament und Regierung

«Das Parlament wird eine wichtigere Rolle spielen in der legalen Führung des Staates, in der Bestimmung der Grundsätze und der Ziele der Regierung sowie in der Ausübung der konstitutionellen Rechte der Volksvertretung. In der Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Regierung gewillt, sich vermehrt auf die Nationalversammlung zu stützen, denn dank deren Vertrauen regiert sie das Land und ist ihr gegenüber voll verantwortlich für die Art der Führung der Regierungsgeschäfte, für Glück oder Unglück des Vaterlandes und für das Wohl unseres arbeitenden Volkes. Gleichzeitig versichert sie, daß der Ministerrat, indem er sich auf die Legislative stützt, eine Körperschaft mit den vollen Rechten einer Exekutive für die Führung der Staatsgeschäfte werde, mit erweiterten Kompetenzen der einzelnen Minister und vermehrter Verantwortung derselben. Wir machen so einen wichtigen Schritt vorwärts zur Demokratisierung unseres Landes.»

Gegen Überindustrialisierung und Autarkie

«Im Bereich der Entwicklung unserer Volkswirtschaft hält sich die Regierung absolut an die vorhandenen Möglichkeiten. Sie wendet sich gegen die Realisierung von Projekten, die diese Möglichkeiten übersteigen, sei es in Ermangelung der Rohstoffe oder des Investitionskapitals, sei es unter Vernachlässigung anderer, wichtiger Aufgaben oder durch eine Senkung des Lebensstandards des gesamten Volkes. In ihrer Wirtschaftspolitik verpflichtet sich die Regierung auf den Grundsatz *‚Nur gemäß den vorhandenen Möglichkeiten'*. Wir stellen fest und müssen es offen vor dem ganzen Lande bekennen, daß die Ziele des Fünfjahresplanes unsere Kräfte überstiegen haben. Sie haben eine Senkung des Lebensstandards zur Folge gehabt. Die Entwicklung der sozialistischen Schwerindustrie darf kein Selbstzweck sein. *Wir müssen uns so dem Sozialismus nähern, daß der Weg dahin von einer ständigen Verbesserung der sozialen und kulturellen Verhältnisse, von einer unausgesetzten Erhöhung des Lebensstandards des arbeitenden Volkes und speziell der Arbeiterklasse gezeichnet ist.*»

«Wir müssen ferner die Richtung der Entwicklung unserer Volkswirtschaft modifizieren. Nichts rechtfertigt eine übertriebene Industrialisierung und die Tendenz zur industriellen Autarkie, ganz besonders wenn man nicht über die notwendigen Rohstoffe verfügt.» Er trat für eine Verlangsamung des Rhythmus der Entwicklung der Schwerindustrie auf Kosten einer vermehrten Entwicklung der bisher vernachlässigten Leichtindustrie ein. Die Fabrikation von Lebensmitteln und Konsumartikeln sollte gesteigert werden, um die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Zu diesem Zweck sollten auch die Investierungen in der Industrie gebremst werden, um dafür in vermehrtem Maße der stiefmütterlich behandelten Landwirtschaft Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Alle diese Veränderungen mit dem Ziel vor Augen: endlich den Lebensstandard des werktätigen Volkes zu heben!

Für die Rechte und Sicherheit des Bauern

«Die Entwicklung der Agrarproduktion wurde in den letzten Jahren aufgehalten einerseits infolge Mangels an Investitionen, anderseits aber weil man sich einfach geweigert hat, den Einzelbauern zu unterstützen, ferner aber auch infolge einer überstürzten Kollektivisierung – die weder aus ökonomischen noch politischen Gründen gerechtfertigt war. Das hat die ganze Landenteignungsfrage überhaupt in Frage gestellt. Der dabei angewandte Druck und Zwang hat die Bauern vor den Kopf gestoßen. *Unser Land kann nicht auf die Arbeit des Einzelbauern verzichten.* Die Entwicklung und Förderung ihrer pflanzlichen und tierischen Produktion liegt im nationalen Interesse. Die Regierung ist gewillt, sie mit Maschinen, Werkzeugen und Geräten, mit Kunstdünger und Saatgut zu unterstützen und ihnen jede technische Hilfe zu gewähren. Die Regierung untersagt für diesen

Herbst eine Kollektivisierungskampagne, weil der willkürliche Landwechsel eine sorgfältige Bearbeitung des Bodens hemmt und den Eifer der Bauern vermindert.»

Über die Folgen der überstürzten Kollektivisierung

Nagy stellt als eine undiskutierbare Tatsache fest, daß die forcierte Kollektivisierung und deren schablonenhafte Anwendung die Hauptschuld an der katastrophalen Lage der Landwirtschaft trage. Feierlich verkündet er: «Um ein ruhiges Funktionieren der Landwirtschaft zu gewährleisten, um die Unsicherheit des selbständigen Bauern zu beseitigen, der ständig befürchtet, gewaltsam in die Kolchose gepreßt zu werden, erachtet es die Regierung für richtig und notwendig, die Kollektivisierung abzustoppen. Um unbedingt das *Recht der freien Selbstbestimmung* zu gewährleisten erlaubt sie den Mitgliedern der Kolchosen, auf Ende der Saison zur individuellen Bearbeitung des Bodens zurückzukehren, wenn sie das Gefühl haben, auf diese Art ihren Lebensunterhalt besser zu erarbeiten. Mehr noch, sie erlaubt sogar die Auflösung von Kolchosen, sofern dies die Mehrheit deren Mitglieder verlangt. *Die Regierung wird jedoch weiterhin die Produktionsgenossenschaften kräftig durch Anleihen und Investitionen unterstützen, in der festen Überzeugung, daß die genossenschaftliche Bearbeitung des Bodens schließlich der beste Weg für eine allgemeine Hebung der Landwirtschaft darstellt.*» Als weitere Konsequenz dieser liberalen Haltung erlaubt die Regierung die Pachtung und Verpachtung von Boden. Der Staat selbst tritt als Verpächter auf zu vorteilhaften Bedingungen.

Für Duldung von Kleinhandel und Handwerkertum

«Die Notwendigkeit, die bisherige Wirtschaftspolitik zu ändern, ergibt sich auch in anderen Sektoren der Wirtschaft. Im Verlaufe der letzten Jahre hat der Staat seine wirtschaftliche Tätigkeit auch auf Gebiete ausgedehnt, *wo private Initiative und Unternehmergeist noch eine bedeutende Rolle spielen könnten* zur besseren Gewährleistung der Erfüllung der Bedürfnisse des Volkes. Es handelt sich um den Kleinhandel und das Handwerkertum. Trotz der Schaffung von Handwerkergenossenschaften waren diese nicht in der Lage, die Engpässe der Handwerksproduktion zu überwinden. Deshalb gestattet die Regierung wieder die Führung von Privatunternehmen und gewährt ihnen Kredite und Warenlager.»

Für eine konstante Erhöhung des Lebensstandards

«Das Grundprinzip unserer neuen Wirtschaftspolitik ist die ständige Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes – dies ist der einzig richtige und annehmbare Weg zur Errichtung des Sozialismus. Die Regierung ist fest entschlossen, den Kampf gegen die Teuerung aufzunehmen.»

Es folgt die Aufzählung einer ganzen Reihe konkreter Maßnahmen: zum Beispiel 60 Millionen Forint zusätzlich für die Versorgung der Fabrikkantinen, Verbesserung der Arbeitshygiene, staatliche Förderung des Wohnungsbaues als auch der Privatinitiative für Wohnungsbau, vermehrte Mittel für Hausrenovationen und Instandhaltung von Arbeiterwohnungen, bessere Versorgung des Marktes mit Waren, Lebensmitteln und den Gütern des täglichen Bedarfs usw.

Die Regierung Nagy legte sich fest auf eine unter Rakosi oft verletzte *Einhaltung der Arbeitsgesetze.* Sie versprach Verbesserung von Sicherheitsmaßnahmen und strikte Überwachung der Verteilung von Zusatzkleidern und -nahrung der dafür berechtigten Arbeiter, da offenbar diese Mittel unter Rakosi für andere Zwecke «abgezweigt» wurden. Sie versprach eine Reduktion der Überstundenschinderei ohne Berechtigung und der Sonntagsarbeit. «Wir werden verschiedene Bestimmungen des Arbeitsgesetzes einer Revision unterziehen. Es ist notwendig, das Bußen- und Disziplinarstrafensystem gegenüber Arbeitern und Angestellten aufzuheben.»

«Wir werden ganz bedeutend die Lebensbedingungen der bäuerlichen Bevölkerung erleichtern. Wir werden die Schulden der Kolchosen gegenüber dem Staat einer Revision unterziehen, und wir werden einen großen Teil dieser Schulden erlassen, ebenso der Bußen, welche nicht immer wohlüberlegt den Kolchosen und Einzelbauern aufgebrummt wurden. Gesamthaft dürfte es sich um eine Summe von etwa 600 Millionen Forint handeln.»

«Wir werden das ganze Ablieferungssystem vereinfachen und die Abgabepflicht auf einige Jahre voraus festlegen, damit die Bauern ihre Produktionspläne auf längere Sicht dementsprechend festlegen können. Damit sie ihr Abgabesoll zum voraus kennen und frei über die erarbeiteten Überschüsse verfügen können. Diejenigen, die ihre diesjährige Abgabepflicht rechtzeitig und exakt erfüllen, können auf den Erlaß ihrer aufgelaufenen Abgabeschulden an den Staat rechnen.»

Die Stellung der Regierung zu den Intellektuellen

«Leider kommt es immer noch vor, daß die geistige Arbeit und die Intellektuellen als Ganzes, besonders die Alten, nicht die Achtung erhalten, die ihnen zukommt. Die Regierung hat beschlossen, diesen Zustand radikal zu ändern. Sie werden allzuoft von einer Atmosphäre des Mißtrauens umgeben, welche oft bis zu ihrer Beiseiteschiebung führt, während das Land in fast allen Zweigen unseres wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens derjenigen Intellektuellen entbehrt, die über die notwendige Bildung und Erfahrung verfügen.» Die Regierung versprach, den Diskriminierungen ein Ende zu machen und die unter gefälschten Anschuldigungen entfernten Intellektuellen zu rehabilitieren und ihnen Posten zu verleihen, die ihren Fähigkeiten entsprechen.

Für die Einhaltung der religiösen Toleranz

«Wir müssen gegenüber religiösen Fragen mehr Geduld zeigen. Es ist unannehmbar, daß man auf diesem Gebiet administrative Maßnahmen anwendet, wie dies in der Vergangenheit manchmal vorgekommen ist. Die Regierung bekennt sich in dieser Frage zum Prinzip der Toleranz, deren Mittel die Erklärung und die Überzeugung sind. Die Regierung verdammt administrative Methoden oder andere Zwangsmittel und wird sie nicht dulden.»

Für die Respektierung der Legalität

«In ihrer gesamten Aktivität stützt sich die Regierung auf die konstitutionellen Rechte und die Legalität. Die Korrektur der krassen, in der Vergangenheit begangenen Fehler, die Wiedererstarkung des Rechts und die Garantie der Legalität sind verantwortungsvolle Aufgaben, die der Regierung obliegen.»

«Die große Zahl der gerichtlichen oder polizeilichen Verfolgungen, die auf breitester Basis angewandten administrativen Methoden, die Ausschreitungen und Mißbräuche in bezug auf die Ablieferungen, die Steuereintreibungen, die Aufstellung der ‚Kulaken'-Listen und der Landverteilungen sowie andere Bedrückungsmaßnahmen haben das Gerechtigkeitsgefühl des Volkes verletzt, das Vertrauen in die Gesetzlichkeit erschüttert und die Bande zwischen Volk und öffentlicher Gewalt gelockert.» Nagy wandte sich dann mit Schärfe gegen die brutale, willkürliche und unmenschliche Haltung der Bürokratie gegen das einfache Volk, die so das Leben des Volkes verbittert. Zur Wiederherstellung des Rechts versprach er die Ausarbeitung eines Amnestiegesetzes und teilte die Aufhebung der Internierungsmaßnahmen und die Auflösung der Konzentrationslager mit. Auch die Institution der Zuweisung von Zwangsaufenthalt in den abgelegenen Provinzen sollte fallen gelassen werden. Mit Schärfe wandte er sich auch dagegen, daß die Polizeiorgane sich richterliche Gewalt anmaßten, und versprach Abhilfe. Als Konzession an die Einzelbauern wandte er sich gegen die sogenannten «Kulakenlisten» und proklamierte deren Aufhebung als Regierungsprogramm.

Imre Nagys Warnung an das ungarische Volk

«Es muß klar erkannt werden, daß die beste Garantie des Erfolges unseres Programms in der aktiven Beteiligung der breitesten Massen des Volkes besteht. *Man muß klar erkennen, daß es Leute gibt, die nicht auf ihre feindliche Einstellung gegenüber dem Volk verzichten können oder wollen, sie wollen ihre eigenmächtigen und willkürlichen Methoden und ihre Gewaltmaßnahmen aufrechterhalten, und sie werden auf die eine oder andere Art versuchen, die schnelle und glückliche Verwirklichung der zugunsten der Massen getroffenen Maßnahmen zu hemmen oder zu verhindern.*»

Schon am 10. Juli zeigte sein Gegner Rakosi vor einer Aktivistenversammlung in Budapest die Zähne und gab, indem er die Hegemonie der Partei über die Staatsmacht proklamierte, das Zeichen zur versteckten Sabotage des neuen Kurses. Nagy wußte natürlich, wer dahinter steckte, und in der Sitzung des Zentralkomitees der Partei von 1. bis 3. Oktober 1954 nannte er offen den Schuldigen und kämpfte verbissen für sein Reformprogramm. «Es kam zu einem Ein-Mann-Regime, das sich auf die Sachkenntnis eines kleinen Kreises stützte. Kritik und Selbstkritik wurden nicht geübt, die wissenschaftlichen Fundierungen der Wirtschaftspolitik wies große Lücken auf. Dogmatismus und Schematismus, wahre Brutstätten antimarxistischer und antileninistischer Ideen, breiteten sich aus.» Er stellte fest, daß die bisherige Wirtschaftspolitik nicht gründlich genug liquidiert, noch die neue entschlossen genug angepackt wurde. Die Großprojekte würden weitergeführt, und diese kosteten oft das Anderthalb- bis Zwei- und manchmal auch das Mehrfache der Voranschläge. Er kämpfte gegen die Pläne, den Lebensstandard der Bauern weiter zu senken und gleichzeitig von ihnen eine Produktionssteigerung zu erzwingen. Er kämpfte auch für die bescheidenen Lohnerhöhungen der Arbeiter von 15 bis 18 Prozent und wies darauf hin, daß die Löhne zwischen 1949 und 1953 sogar gesunken seien, während das Nationaleinkommen in dieser Zeit um 60 Prozent anstieg und die Industrieproduktion allein sogar um 240 Prozent.» Die Rakosi-Clique stellte sich auf den Standpunkt, «das Volk lebe über seine Verhältnisse» und bekämpfte sogar die bescheidene Lohnerhöhung von 15 Prozent. Nagy sah die Grundsätzlichkeit, die ihn von diesen Stalinisten trennte, indem er abschließend sagte: *«Die alte Wirtschaftspolitik hat den Sozialismus völlig falsch interpretiert: sie berücksichtigte weder den Menschen noch die Gesellschaft und machte den Begriff Sozialismus gleichbedeutend mit einer Maximalproduktion von Eisen und Stahl, mit Überindustrialisierung.»*

Nagy setzte sich an dieser Session scheinbar durch, und Rakosi, der nun den Desinteressierten spielte, ging «in längere Ferien» in die Sowjetunion. Aber der Rakosi ergebene Parteiapparat setzte die Sabotage wirksam und beharrlich fort. In Peking wurde erneut das Primat der Schwerindustrie verkündet und am 8. Februar 1955 in Moskau durch «Selbstkritik» und Demission von Malenkow gekrönt. Nagy hingegen kroch nicht zu Kreuze, sein Einblick in die wirkliche Lage Ungarns und die Hochhaltung der Interessen seines Volkes bestärkten ihn vielmehr in seinen Ansichten, und er beharrte auf seinem Standpunkt. Gewiß hätte er mit einer formellen Selbstkritik, ähnlich derjenigen Malenkows, in der Regierung bleiben können. Aber Rakosi, in seiner unersättlichen Rachgier, forderte seinen Kopf und setzte am 18. April seinen Ausschluß vom Politbüro und aus dem Zentralkomitee durch und enthob ihn sämtlicher Funktionen in der Partei.

Dadurch wurde Nagy zu einer legendären Figur in Ungarn; er war der

erste Kommunist, der es wagte, dem Parteiapparat die Stirne zu bieten und ein Mea Culpa zu verweigern! Er wurde dadurch zum Symbol des Widerstandes, zum Idol der Jugend, der Intellektuellen, der Arbeiter und Bauern, zum prädestinierten Führer des arbeitenden Volkes Ungarns. *Aber Imre Nagy war nicht der Organisator und Führer der ungarischen Revolution, das muß offen gesagt werden; nicht nur um die Lügen des Staatsanwaltes zu entlarven – mehr noch, um die Legende Nagy zu zerstören, um Nagy selber gerecht zu werden und um sein Verhalten vor, während und nach der Revolution zu verstehen!*

Wenn Nagy der Organisator und Führer der Revolution gewesen wäre, wie kommt es, daß er am Abend des 23. Oktober zum aufrührerischen Volke, das ihn stürmisch verlangte, sagte: «Liebe Genossen! (feindliche Zwischenrufe: «Wir sind keine Genossen.») Die Lage ist kompliziert, *beruhigt euch und geht nach Hause* und wartet die Entwicklung ab. Beruhigt euch: *Das Zentralkomitee wird tagen und beraten, und die Dinge werden geregelt werden!*» Hätte Lenin oder hätte irgendein anderer Führer einer beliebigen Revolution so am Tage der Revolution gesprochen? *Wenn Nagy der Führer und Organisator dieses Volksaufstandes gewesen wäre, dann hätte er klar und eindeutig, revolutionär, die Wünsche und Forderungen des Volkes formulieren und sich an die Spitze der Erhebung stellen müssen! Dann hätte er die Revolution nach seinem Willen und nach seinen Ideen führen und leiten, lenken und kanalisieren müssen. Imre Nagy hat es nicht getan und konnte es nicht tun, denn er fühlte sich nicht als Zerstörer, sondern als Reformer des Kommunismus! Darin liegt die große Tragik Imre Nagys!*

Als er am 18. April 1955 aus der Partei ausgestoßen wurde, war er mehr als 37 Jahre Kommunist gewesen und 60 Jahre alt. Sein ganzes Leben war vom Kommunismus geprägt geworden. Davon hatte er 15 Jahre, von 1930 bis Ende 1944, in der Sowjetunion unter dem Stalinismus zugebracht. Auch diese Jahre hatten unauslöschbar sein Leben und seine Persönlichkeit geprägt. *Die Grundsätze und Prinzipien des Bolschewismus waren ihm sakrosankt,* und in all seinen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei stützte er sich auf Lenin, dessen hervorragender Kenner und Interpret er war. Sein Kampf gegen den Stalinismus führte er als einen Kampf um die Renaissance und Reinhaltung der Lehren Lenins, und *nie ist bei Nagy auch nur der leiseste Zweifel an den Lehren Lenins zu entdecken.* Er war tief durchdrungen vom Glauben an eine großartige Reform und Wiedergeburt des Kommunismus leninscher Prägung, und er vertraute auf die Kräfte, die diese Reform herbeiführen würden. Von einem Bruch mit dem Kommunismus konnte für ihn keine Rede sein, nie hat er irgendeinen theoretischen Grundsatz des Marxismus-Leninismus angezweifelt. Das unterscheidet ihn grundsätzlich von Djilas.

So kam es, daß Nagy den Hinauswurf aus der Partei und von der Universität diszipliniert hinnahm, ohne irgendwelchen Widerstand zu organisieren. Er arbeitete lediglich an einem Memorandum an das ZK der Partei, um darin theoretisch seine Haltung zu rechtfertigen, denn seine Ausstoßung war erfolgt, ohne daß er überhaupt die Möglichkeit erhalten hätte, sich zu rechtfertigen oder zu verteidigen. Aber selbst nach dem sensationellen Verlauf des 20. Parteitages der KPdSU trat er aus seiner attentistischen Reserve nicht heraus, trotzdem ihm seine Freunde Losonczy und Gimes rieten, eine antistalinistische Fraktion zu organisieren, um Rakosi endlich zu Fall zu bringen. Nagy weigerte sich hartnäckig und hielt sich auch als Ausgestoßener an die Parteidisziplin. *Sein Weg zur Erzwingung einer immer dringender werdenden Kursänderung führte ihn nicht zu den Volksmassen, sondern zu den grundlegenden Werken Lenins,* und er versprach sich mehr von einer schließlichen Überzeugung des Zentralkomitees als von einer Mobilisierung des Volkes. Als er am Abend des 23. Oktober geholt wurde, um die Menge zu beruhigen, lehnte er zuerst ab und erwiderte Losonczy: «Was könnte ich schon sagen? Auf alle Fälle könnte ich nur für meine eigene Person sprechen. *Ich habe keinen Auftrag vom Politbüro – warten wir ab, daß es sich entscheidet.*»

Diese *Ergebenheit gegenüber der Partei* war durch nichts zu erschüttern. Keine Gemeinheit der Rakosisten konnte ihn an der Partei irre werden lassen – *für die Partei war er bereit, alles auf sich zu nehmen.* «Heute wie in der Vergangenheit bin ich bereit, für meine Überzeugung die kleinlichen Verleumdungen, die Beiseiteschiebung, die ungerechte politische Verfolgung, die gesellschaftliche Ächtung und die Demütigung auf mich zu nehmen. Nur eines werde ich nie tun: Eine verleugnerische Anpassung meiner Überzeugung!»

Mit allen Mitteln versuchte man Nagy im Volke zu diskreditieren. So wurde er für die durch die Sabotage desorientierte Wirtschaftslage verantwortlich gemacht. Bei seiner Ausstoßung hieß es ferner in der Resolution: «In Anbetracht dessen, daß Mihaly Farkas lange Zeit die falschen Ansichten des Genossen Nagy unterstützt hat, beruft ihn die Partei aus dem Politbüro und aus dem Sekretariat des ZK ab und überträgt ihm andere Parteiaufgaben», um dadurch Nagy vor dem Volke zu verleumden, denn Farkas war einer der bestgehaßten Schlächter der AVH und verantwortlich für die Drangsalierung des Volkes. *In den Oktobertagen sollte Nagy, wiederum durch Flüsterpropaganda der Stalinisten, als angeblich Verantwortlicher für das Blutbad gegen die wehrlose Bevölkerung und für die Herbeirufung der Russen im Volke unmöglich gemacht werden.* Und Nagy schwieg, schwieg im «höheren Interesse seiner Partei», wo er das Unrecht hätte hinausbrüllen müssen. Die «Reinheit» der Partei kann man nicht wahren, indem man ihre Verbrechen verschweigt und vertuscht.

Wenden wir uns nun, zum besseren Verständnis Nagys, seinen Betrachtungen zu, die er im Sommer 1955, also noch lange vor dem 20. Parteitag, niedergeschrieben hat und die die theoretische Rechtfertigung des Nationalkommunismus sind. Sie waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das erklärt ihren oft polemischen Charakter, aber auch ihre weitausholenden theoretischen Abhandlungen. Sie enthalten dabei auch Äußerungen sowjetischer Führer, die uns einen tiefen Einblick in die Mentalität des Kremls gestatten. Das Werk Nagys verdient dringend eine deutsche Ausgabe im Wortlaut, ich kann mir aus Raumgründen nur eine straff gekürzte Zusammenfassung erlauben.

Nagy zur Lage in der Landwirtschaft

In seiner ureigensten Domäne, den Agrarproblemen, war er zuhause wie kein Zweiter in Ungarn, war er doch jahrelang Professor über osteuropäische Landwirtschaft am Moskauer Agrarinstitut und an der Universität für politische Ökonomie gewesen und hatte die stalinistische Praxis der Kollektivisierung miterlebt und schweigend miterlitten. Seine Opposition von 1949 war das Resultat seiner Erfahrungen! Er setzte seine Ideen, übrigens im Einverständnis mit Molotow und Chruschtschow, sofort in die Tat um, als er im Sommer 1953 an die Macht kam. *Eine Million Hold (570 000 ha) Land (das waren 10 Prozent der Anbaufläche!) waren als sogenanntes «Reserveland» unbebaut geblieben,* weil die Kolchosen zu schwach waren, es zu bebauen, und weil die Einzelbauern das Land verkauften oder der Regierung übergaben, um nicht als Kulaken zu gelten. Von einer Förderung der 70 Prozent Einzelbauern war vorher keine Rede gewesen. Mehr noch, sogar während seiner Regierungszeit mußte Nagy einen Versuch der politischen Wirtschaftskommission vereiteln, die den Bauern für 600 Millionen Forint neue Steuern und für 200 Millionen Forint neue «Lokaltaxen» aufbürden wollten, um so auf den Buckeln der selbständigen Bauern die Finanzkrise zu überwinden. In seiner theoretischen Abhandlung über «Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Frage der Einzelbauern» hat Nagy auf streng orthodoxe Art seine leninistische Einstellung klargelegt und auch belegt. Seine Analyse war niederschmetternd und kam zum Schluß, daß die ungarische Landwirtschaft noch für eine Reihe von Jahren auf dem Vorkriegsniveau stehen bleiben würde, da es aus verschiedenen Gründen unmöglich sein würde, vorher die Engpässe zu überwinden.

Nagy zog folgerichtig die theoretische Schlußfolgerung, zu den Prinzipien der Transformationsperiode zurückzukehren, und rechtfertigte diesen Schritt in seiner Studie über «Rolle und Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP)». – Nach einer genauen Definition der NEP nach Lenin bewies er, daß ab 1949 diese Prinzipien kraß verletzt wurden durch Liquidation des privaten Detailhandels, durch eine massive Ausschaltung des Handwer-

kertums, durch den Bruch einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen Industrie und der kleinbäuerlichen Produktion sowie durch eine mangelhafte Unterstützung des Einzelbauern schlechthin, was man auf gut ungarisch eine antibäuerliche Politik bezeichne! Hauptursache war die einseitige Forcierung der Schwerindustrie, die zuwenig Mittel für die Förderung der Landwirtschaft übrig ließ.

Während der Vorentwurf des ersten Fünfjahresplanes noch 15,7 Prozent für Investitionen in die Landwirtschaft vorgesehen habe, sei dies in der bereinigten Fassung auf 12,9 Prozent heruntergedrückt worden, um im Verlauf der Verwirklichung noch weiter beschnitten zu werden. Trotzdem sei die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen hintendrein geblieben; so hätten zum Beispiel im Jahre 1952 die produzierten Traktoren nicht einmal genügt, um nur den Park zu erneuern. Dabei wurde aber gleichzeitig die massive Kollektivisierung vorwärtsgetrieben, ohne die technischen Mittel zur Verwirklichung zu haben. Durch die hohen Steuern und Abgabequoten verlor die Bauernschaft vollends den Anreiz zur Produktion.

Mit vollem Recht zitierte Nagy seinen Lehrmeister Lenin, der diesen Kompromiß als einzige Möglichkeit ansah, um langsamer, dafür aber sicherer, einen Fortschritt zu erzielen und das Ziel zu erreichen. Mit vollem Recht qualifizierte er die Politik Rakosis (und damit auch Stalins) als eine Form von Kriegskommunismus an Stelle einer korrekten NEP. Diese Hinweise hatte Lenin übrigens schon am 27. Mai 1919 in einem Brief «An die ungarischen Arbeiter» gegeben und eine lange Übergangsperiode vorausgesagt! *Abschließend muß festgestellt werden, daß bei Nagy keine Spur einer Abweichung vom Leninismus in bezug auf die Bauernfrage festzustellen ist.*

Da der Einzelbauer der Haupterzeuger der Agrarproduktion war und blieb, so mußte seine Drangsalierung zwangsläufig zu einem Bruch des leninschen Prinzips des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern führen, Eckpfeiler der Diktatur des Proletariats überhaupt. «Diese Politik», warnte er, «treibt das Land einer Krise entgegen, die schlimmer sein wird als alle vorangegangenen.» Sein Versuch einer Wiederbelebung der Volksfrontpolitik diente dem Zweck, diese Krise zu vermeiden.

Nagy im Kampfe für das Volk

Die gleiche Wirtschaftskommission, die die Bauern mit 800 Millionen Forint neuen Steuern beglücken wollte, hatte auch ihre «Geschenke» für die übrigen Werktätigen bereit, um zu verhindern, «daß das Volk auf zu großem Fuß lebe». So waren von Ernö Gerö folgende Sparmaßnahmen vorgesehen: 290 Millionen Forint bei der Sozialversicherung, 74 Millionen bei den Staatssubventionen für Körperkultur und Sport, 34 Millionen an Kinderkrippen- und Kindergartensubventionen, 300 Millionen an Subventionen für Arbeiterkantinen der Betriebe, 40 Millionen an Subventionen für Zusatz-

nahrung der Schwerarbeiter, 300 Millionen am Fonds der Altersversicherung durch die Inkraftsetzung eines «neuen Systems», 100 Millionen Einsparungen durch Erhöhung der Arbeiterabonnements bei den Bahnen. *Das Volk sollte also die Rechnung bezahlen für einen mißlungenen Fünfjahresplan, der ihm von der Rakosi-Gerö-Clique aufgezwungen worden war!* Es gelang Nagy, einen Teil dieser Verschlechterungen des Lebensstandards zu verhindern, aber nach seinem Sturz wurde die Verantwortung für die Unzufriedenheit der Bevölkerung ihm in die Schuhe geschoben!

Nagy über das Ausmaß der Katastrophe

Nagy wußte, daß es die Politik Stalins war, die sein Land an den Abgrund geführt hatte. Auch die Führer der KPdSU wußten dies, und sie wollten nur das Gesicht wahren, wenn sie bei einer Zusammenkunft im Juni 1953 in Moskau namentlich Rakosi, Gerö, Farkas und Révai der Fehler und Verbrechen beschuldigten. Sie stellten fest, daß Rakosi das Land an den Rand der Katastrophe geführt hätte und daß, wenn man nicht unverzüglich radikale Maßnahmen ergriffen und «Dampf abgelassen» hätte, das Volk sich gegen seine Führer erhoben hätte. Nagy schreibt wörtlich, «nach der Ansicht des Genossen Chruschtschow hätten sie euch mit Mistgabeln zum Teufel gejagt». Nach seinem Sturz schrieb Nagy voll Bitterkeit in seinem Memorandum: Bis heute sind keine Maßnahmen getroffen worden, um durch Spezialisten berechnen zu lassen, *was die abenteuerliche Wirtschaftspolitik, die ohne Beispiel in der ganzen Geschichte Ungarns ist, unser Land gekostet hat. Ungefähr können sie etwa auf 120 Milliarden Forint geschätzt werden!!!* (Etwa 40 Milliarden Schweizer Franken.) «Seit zwei Jahren arbeitet das ganze ungarische Volk in allen Zweigen der Volkswirtschaft, um den unermeßlichen Schaden zu reparieren, den die Politik Rakosis verursacht hat. Man könnte die Kosten dieser zweijährigen Anstrengungen berechnen», fährt er fort, «*aber läßt sich überhaupt der politische, kulturelle und moralische Schaden in Milliarden Forint ausdrücken?* Wenn wir statt dessen diese materiellen, politischen und moralischen Anstrengungen für die Erbauung des Sozialismus hätten verwenden können, so wäre heute Ungarn ein glückliches Land, welches Prosperität und Überfluß kennen würde!» «Ach», entringt sich ihm der Stoßseufzer, «die Linksextremisten haben im Namen des Marxismus-Leninismus Versprechungen gemacht, die sie nicht einhalten konnten, und haben damit das Ansehen dieser Lehre entwertet.» «Sie haben uns den Überfluß versprochen, aber einen Warenmangel und ein Elend erreicht wie nie zuvor seit der Befreiung (1945). *Der Boden kracht unter den Füßen der Kommunisten. Wenn sie als Schwätzer angesehen werden, verdienen die Kommunisten keinen Respekt mehr.* Alle Irrtümer können nicht einfach mit ‚Kritik und Selbstkritik' erledigt werden. Die Kritik der Massen ist notwendig, sie ist eine mächtige Waffe, wie es die Klassiker des Marxismus und

besonders Lenin immer betont haben, fähig, die Herrschenden hinwegzufegen und die Volksmacht zu konsolidieren. Mit ihrer Politik setzen die Linksextremisten die Macht der Volksdemokratie aufs Spiel.»

«Das Leben selbst hat uns 1953 eine Kursänderung aufgezwungen. Lenin selbst lehrte uns (‚Materialismus und Empiriokritizismus'), daß im konkreten Falle, wo das Leben selbst eine Theorie über den Haufen wirft, diese revidiert werden muß. Die Kritik der Erfahrung ruft einer Kritik der Theorie. Es ist nicht das Leben, das das Opfer einer schlechten Theorie sein muß.»

«Meine Gegner fürchten die Diskussion, deshalb verstopfen sie ihren ideologischen Gegnern den Mund. Aber ist dies ein Mittel, um Differenzen und Meinungsverschiedenheiten zu erledigen? Was mich betrifft, so bin ich ein unverrückbarer Anhänger einer ideologischen Auseinandersetzung!»

Aus der Weigerung der ungarischen Stalinisten zog Nagy zwei Konsequenzen: er führte einen hartnäckigen Kampf für die Rehabilitierungen, und er kämpfte für vermehrte Geistes- und Diskussionsfreiheit sowohl für die Schriftsteller als auch für die Organe der Volksfront.

Nagy im Kampf für Rehabilitierungen

In seinem Kampf für die Rehabilitierung der unschuldigen Opfer der vorfabrizierten Schauprozesse versuchte sich Nagy auf Aussagen bekannter Sowjetführer zu stützen, vor allem auf Chruschtschow, den er eingehend zitiert. Dieser soll wie folgt dazu Stellung genommen haben: «Man setzt zu langsam die Gefangenen frei, und dies ist der Fehler von Rakosi, weil er die Sache nicht in seine Hände nimmt. Rakosi beruft sich auf den schlechten Zustand seiner Nerven. Nun, es sind nicht seine Nerven, die zählen. Rakosi hat sein Vertrauen in sich selbst verloren, welches nötig ist, um die begangenen Irrtümer zu korrigieren. Er ist verantwortlich für die Verhaftungen. Er will die Gefangenen nicht befreien, weil er dafür verantwortlich ist und sich komprimittieren könnte. Man muß eben nicht die Leute denunzieren und ihnen mißtrauen!» So zynisch sprach der Nachfolger von Kossior und Postychew, der während der Jahre 1937/38 Parteisekretär der Ukraine gewesen war und dort genau so wie Rakosi gewütet hatte. Es erstaunt deshalb nicht, daß er den Rat erteilte, daß die Rehabilitierungen so vorgenommen werden müßten, daß die Autorität von Rakosi nicht in Brüche gehe. Wörtlich: «Die Autorität von Rakosi muß verteidigt werden, jedoch so, daß es nicht zum Nachteil ist der Autorität der Partei. Es könnte dabei möglich werden, daß unter dem Vorwand der Verteidigung der Autorität Rakosis die alte Politik wieder aufrecht erhalten wird und man die Befreiung der Verurteilten nicht durchführen würde.» Genau so ist es denn auch herausgekommen, und ohne den mutigen Kampf von Imre Nagy, des Petöfiklubs, der ungarischen Schriftsteller und der tapferen Witwe Laszlo Rajks wären

viele Rehabilitierungen nicht erfolgt und tausende politischer Gefangener, hauptsächlich Kommunisten, nicht frei geworden. *Nagy hatte den großen persönlichen Mut, in kritischsten Tagen selbst Kardinal Mindszenty zu rehabilitieren – nicht als «Konzession an die Reaktion», wie ihm dies angekreidet wird, sondern weil er selber die erhabenen Prinzipien der menschlichen Moral hochhielt und so seine kommunistische Ehre rettete!* So hat er seine Erklärung über religiöse Toleranz, in der er sich entschieden gegen administrative Maßnahmen aussprach, in der Praxis verwirklicht.

Nagy für Literaturfreiheit

In seinem Kampf wurde Nagy am entschlossensten von den Schriftstellern unterstützt, und diese fanden in ihm in ihrem Kampf für mehr Freiheit einen ehrlichen Mitkämpfer. Die besten ungarischen Schriftsteller, wie Peter Veres, Tibor Déry, Tamas Aczél, Sandor Erdei und Gyula Hay, die meisten davon Kommunisten, zählten zu seinen engsten Freunden. Ein ganzes Kapitel seines Buches ist den Problemen der Kultur, Literatur und Kunst gewidmet. Sicher, Nagy stand, wie auch seine Freunde, nicht auf einem Standpunkt l'art pour l'art, und sie bekannten sich zur Parteilichkeit. Aber sie erkannten, daß die dirigierte Kunst, Literatur und Propaganda einen verheerenden Einfluß auf die Verbiegungen der Ethik und Moral ausübte, und sie wandten sich entschieden gegen das System der Phrasen und Lügen.

«Sein oder Nichtsein der sozialistischen Literatur hängen ab vom Erfolg oder Mißerfolg des einheitlichen Kampfes für eine freie Literatur oder, exakter ausgedrückt, für die Abschaffung der überholten bürokratischen und administrativen Fesseln, welche ein schöpferisches Schaffen lähmen oder verunmöglichen. *Heute noch ist es die Partei, welche eigenmächtig bestimmt, was in Literatur oder Kunst der Partei genehm und was ihr nicht genehm ist. Diese Methode schließt von vornherein die Erforschung der Realität und Wahrheit aus, verhindert den Austausch der Ideen und verunmöglicht vor allem die Kritik.*»

Nagy über das Verhältnis von Partei und Staat

Die lückenlose Diktatur der Partei auf allen Gebieten war eine Entartungserscheinung, die den Stalinismus charakterisiert, aber es muß zugegeben werden, daß die Keime der Ursachen schon im Leninismus zu finden sind. Eine der schwerwiegendsten Folgen dieser Entartung war die Aufhebung der Trennung von Partei und Staat. Rakosi vereinigte in seiner Hand das Generalsekretariat der Partei, die Ministerpräsidentschaft und die persönliche Kontrolle der AVH, die seine Prätorianergarde darstellte und den Organen des Staates übergeordnet war. *Nagys Regierungserklärung «Für Souveränität von Parlament und Regierung» hatte zum Ziel, die Gesetzlichkeit wieder einzuführen und die Allmacht der Partei einzuschränken.*

Die Juniresolution stellte fest, daß dieser Zustand den Prinzipien Lenins widerspreche: «Die Partei hat einen Fehler begangen, indem sie in ausschließlicher Weise die Leitung von Staat und Wirtschaft übernommen hatte; ohne sich nur auf die Bestimmung der zu treffenden Maßnahmen zu beschränken, war sie gleichzeitig ausführendes Organ. Infolge ihrer organischen Struktur, ihrer Aktivität, ihres sozialen Charakters und ihrer Zusammensetzung ist die Partei nicht fähig, die Funktionen des Staates auszuüben, und das ist übrigens auch nicht ihre Rolle. Auf alle Fälle hat sie sich zu sehr in die Staatsangelegenheiten eingemischt, die Unabhängigkeit seiner Organe verletzt, seine Funktionen gelähmt und seine Autorität kompromittiert. Wir können feststellen, daß die Regierung in Wirklichkeit nur eine Phantomregierung war, welche sich darauf beschränkte, den von der Partei schon angenommenen Resolutionen zuzustimmen, wodurch die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Minister stark beschränkt waren. Hier finden wir das schlimmste Krebsübel im Leben des Staates, die Erschütterung der sozialistischen Legalität, was letzten Endes zu einem Bruch mit den Massen führt.»

Das Ausmaß der Macht Rakosis wurde dadurch bewiesen, daß er die Veröffentlichung der Juniresolution von 1953 verhindern konnte, weder die Öffentlichkeit noch die Parteimitglieder erfuhren je von ihrem Wortlaut, ja selbst die Mitglieder des ZK erhielten kein Exemplar, nicht einmal Nagy als neuer Ministerpräsident und Führer des neuen Kurses konnte für sich ein Exemplar dieser bedeutsamsten Resolution sicherstellen. Als jedoch im April 1955 Nagy gestürzt wurde, waren zwei Stunden nach dem Beschluß sämtliche Parteiorganisationen und die Presse schon im Besitz der Mitteilung des ZK. Nur unter dem Druck Moskaus war Rakosi seinerzeit bereit, die Ministerpräsidentschaft aus seinen Händen zu geben.

Auch eine andere Episode zeigt, wer die wahren Herren des Landes waren: In seinem Rapport an das ZK im April 1955 bekannte sich Rakosi schuldig, daß eine schwere «Verantwortung» auf ihm laste für die seinerzeitige Nominierung von Imre Nagy zum Ministerpräsidenten. Offenbar wollte Rakosi an einem ungeeigneten Objekt etwas «Selbstkritik» üben. Nagy nimmt in seinem Buch dazu wie folgt Stellung: «Nun, die Wahrheit ist, daß ich nicht von Matyas Rakosi vorgeschlagen wurde, sondern die Genossen Molotow, Malenkow und Chruschtschow empfahlen meine Ernennung, welcher Rakosi und die Mitglieder der ungarischen Delegation begeistert zustimmten. Nun, in dieser Angelegenheit ist Rakosi völlig unschuldig, und er braucht sich keine Gewissensbisse zu machen, denn für meine Wahl als Ministerpräsident hatte er gar keine Verantwortung!»

Als Hauptursache für die faktische Diktatur des Quatrumvirats Rakosi-Gerö-Farkas-Révai bezeichnete Nagy die *Entstellung der Theorie des Klassenkampfes.* «Wir haben nicht in Erwägung gezogen, daß die Schärfe des Klassen-

kampfes verschiedene Grade annehmen kann. Die internationale Lage in Rechnung stellend, ist es in unserer inneren Lage nicht so, daß der Klassenkampf unweigerlich die selben zugespitzten Formen annehmen muß, wie dies in der Sowjetunion während der imperialistischen Einkreisung in einer vollständig anderen inneren und äußeren Lage und bei einem anderen Stand ihrer Entwicklung der Fall gewesen ist.» Er wandte sich gegen eine dogmatische und schablonenhafte Anwendung des Marxismus-Leninismus, ohne die Besonderheiten seines Landes und der veränderten internationalen Lage zu berücksichtigen. Diese Überlegungen führten ihn nun zur Ausarbeitung der Theorie des Nationalkommunismus, die die Quintessenz seiner Lebenserfahrungen darstellt. Ihr wollen wir uns nun zuwenden. (Schluß folgt)

Korrigenda

Im ersten Teil des Artikels «Zum Problem Imre Nagy», welcher in der Juli-Nummer der «Roten Revue» erschienen ist, sind folgende sinnstörende Druckfehler zu berichtigen: Auf Seite 193, im ersten Abschnitt, soll es am Schluß heißen: «die Probleme sind geblieben» an Stelle von «die Reformpläne sind geblieben». Auf Seite 200, im zweiten Abschnitt, muß das Wort «Lebensgefährtin Frau Rajk» durch «Leidensgefährtin Frau Rajk» richtiggestellt werden, und im folgenden Satz: «erheben» wir die Forderung an Stelle von «erleben». Auf Seite 203, vierte Linie von oben, soll es heißen: «um aus der AVH eine allgewaltige Macht zu machen» an Stelle von «gewaltige Macht».